

Vorübergehender nationaler humanitärer Schutz – Fragen und Antworten zur Initiative der FDP-Landtagsfraktion

von Dr. Joachim Stamp, integrationspolitischer Sprecher
und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW

Warum brauchen wir dieses Gesetz?

Das Gesetz soll dabei helfen, individuelle Asylverfahren zu vermeiden und stattdessen jeden, der aus den betroffenen Bürgerkriegsgebieten kommt, zum zumindest vorübergehenden Aufenthalt in der Bundesrepublik berechtigen. Eine vergleichbare Regelung existiert bereits auf europäischer Ebene; sie kann im deutschen Recht aber nicht angewandt werden, weil dann alle Mitgliedstaaten Flüchtlinge aufnehmen müssten, einige hierzu aber nicht bereit sind. Deshalb brauchen wir eine Möglichkeit, den vorübergehenden humanitären Schutz national, nach unserem Vorschlag durch den Bundesinnenminister, auslösen zu können.

Was verbessert sich für die Bürgerkriegsflüchtlinge?

Durch den vorübergehenden humanitären Schutz erhalten die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak einen sofortigen gesicherten Aufenthaltsstatus, ferner sofortigen Zugang zu Integrationskursen und die sofortige Arbeitserlaubnis ohne Vorrangprüfung. Der Familiennachzug wird jedoch durch Befristung eingeschränkt.

Wird das Grundrecht auf Asyl eingeschränkt?

Nein. Der Grundrechtsanspruch auf Asyl bleibt voll erhalten. Begonnene Asylverfahren werden aber für die Zeit des vorübergehenden humanitären Schutzes nicht weitergeführt. Ist der maximale Schutzzeitraum von 3 Jahren erreicht, können sie wieder aufgenommen werden.

Was geschieht mit den Flüchtlingen, die bereits anerkannt sind?

Wer bereits anerkannt wurde, ist von dem Gesetz nicht betroffen. Es entfaltet keine Rückwirkung.

Wer wird entlastet?

Bis zum 15. Oktober kamen etwa 45 % aller Flüchtlinge in diesem Jahr aus Syrien und dem Irak. Durch den vorübergehenden humanitären Schutz müssen also etwa die Hälfte der Asyl-

anträge nicht mehr inhaltlich bearbeitet werden. Das entlastet die Entscheider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Richter an den Verwaltungsgerichten. Die Verfahren der übrigen Asylbewerber können dadurch deutlich beschleunigt werden. Die frühere Ausreise von Menschen, die nicht in Deutschland bleiben können, entlastet die Kommunen bei der Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten, Betreuungs- und Integrationsmaßnahmen. Der besondere Aufenthaltsstatus der Bürgerkriegsflüchtlinge macht eine schnellere Integration in Arbeit möglich, was ebenfalls zu einer Entlastung bei der Flüchtlingsversorgung führt.

Warum brauchen wir zusätzlich ein Einwanderungsgesetz?

Ohne Einwanderungsgesetz müssen alle Flüchtlinge mit ihrer Familie Deutschland wieder verlassen, wenn die Konflikte in ihren Heimatländern enden. Die FDP möchte mit einem Einwanderungsgesetz denen, die sich in Arbeitsmarkt und Gesellschaft integriert haben, ein Bleiben ermöglichen.

Wie begrenzt das den Zuzug?

Schnelle Ausreisen von Menschen aus Ländern mit geringer Anerkennungsquote senden dorthin das klare Signal, dass eine Einreise nach Deutschland über das Asylverfahren sich nicht mehr lohnt. Nach der Dublin-III-Verordnung der EU muss das Land den Asylantrag eines Flüchtlings prüfen, in dem dieser zuerst den Boden der EU betreten hat. Diese Verordnung kam zuletzt kaum mehr zur Anwendung. Die Entlastung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge kann zu einer Wiederaufnahme der Dublin-Verfahren und einer Überstellung der Asylsuchenden in das zuständige EU-Mitgliedsland genutzt werden. Der Zuzug für Bürgerkriegsflüchtlinge und ihre Familien wird unattraktiver, weil sie nicht mehr automatisch damit rechnen können, dauerhaft in Deutschland bleiben zu dürfen. Im Falle eines schnellen Endes des Bürgerkrieges kann der Innenminister sofort ein Ende des vorübergehenden humanitären Schutzes erklären. Die Bürgerkriegsflüchtlinge müssten dann das Land wieder verlassen.

Löst der Gesetzentwurf die Flüchtlingskrise?

Der vorübergehende humanitäre Schutz ist nur ein Baustein zur Lösung der Flüchtlingskrise. Zusammen mit anderen Maßnahmen, insbesondere fester Verteilungsquoten für Flüchtlinge in der EU, kann er aber einen wichtigen Beitrag hierzu leisten.